

Bochumer Studenten Zeitung

Jahrgang 1 / 1967

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität

Nr. 14 / 28. November 1967

U. Kurowski Vorsitzender im dritten Wahlgang

BOCHUM. (BSZ) — Am 14. November wählte das Studentenparlament im dritten Anlauf Ulrich Kurowski, 29, Mitglied des SHB, bisher Leiter des „Studienkreis Film“, zum neuen Vorsitzenden der Studentenschaft. Kurowski studiert in der Abteilung Philologie und war bei den Wahlen im Juli als Direktkandidat des SHB seinen Konkurrenten überlegen. Eine Nachwahl in dieser Abteilung ist somit notwendig geworden, weil Kurowski sein Parlamentsmandat verlor.

Der Wahl war eine Geschäftsordnungsdebatte über die Auslegung der Satzung vorausgegangen. Streitpunkt: ob bei jedem Wahlgang die Kandidatenliste neu eröffnet werden könne, und wann dann welche Mehrheitsregelung gelte (in den zwei ersten Wahlgängen Zweidrittel-, im dritten absolute Mehrheit der Stimmen der Mitglieder).

Kurowski erhielt 20 Stimmen (11 Neinstimmen, 4 Enthaltungen). Vorher sicher-

ten sich SHB, SDS, ABS und LuS wahrscheinlich zwei Stimmen der Vertreter des Klinikums Essen, die die Erneuerung einiger Garantien ihres unabhängigen Status gegenüber dem Bochumer Vorstand erbaten. Da die Abstimmung geheim war, lassen sich die Stimmen nicht exakt rekonstruieren. Wahrscheinlich stammt aber eine Enthaltung vom Koalitionspartner ABS.

Als Stellvertretende Vorsitzenden wurden Alois Kircher (SDS), mit 22, Ulrich Dröge (ABS) mit 18 und Rainer Hahn (LuS) mit 15 Stimmen wiedergewählt.

ASSISTENTEN: Die WRK bereitet Empfehlungen zum Assistenstatus vor. Sie will auf diese Weise auf die Forderungen des Marburger Assistententages antworten. Nach den neuen Empfehlungen sollen die Fakultäten die Verantwortung für die Assistenten übernehmen.

Immatrikulationsfeier mit sachlichen Tönen

BOCHUM. (BSZ) — Nur bei der Begrüßung des Vertreters der Bundeswehr und des Bundestagsabgeordneten Liedtke kam es während der Immatrikulationsfeier am 15. November zu zischenden Gemütsaufwallungen.

Der in der Nacht zuvor neugewählte Vorsitzende der Studentenschaft, Ulrich Kurowski, 29, tippte in seiner Rede einige aktuelle Probleme rund um die RU an. „Die andere Wirklichkeit, die sie antreffen werden“, wandte er sich an die neuen Kommilitonen, „ist eine in sich heterogene Studentenschaft, die mit sich selbst und mit ihren Teilen lebhaft Konflikte auszutragen hat, in der um die beste Lösung Ihrer Interessenvertretung, Ihre sozialen und studienbedingten Probleme gekämpft wird. Aber gerade weil die Studentenschaft aus sich selbst dynamisch ist, rechtfertigt sie am ehesten, die Hochschule eine demokratische... Einrichtung zu nennen.“

Der Rektor, Prof. Dr. K. Bledenkopf, 37, widmete sich der aktuellen Diskussion über die Stellung der Studentenschaft innerhalb der Universität und der Gesellschaft. Er erläuterte dem Auditorium

die Abkommen, die bisher zwischen der Universitätsverwaltung respektive dem Senat der RU und den Organen der Studentenschaft getroffen worden sind und die der Studentenschaft einen großen autonomen Spielraum einräumen.

Dieses Vertrauen sei durch die demokratische Funktionsfähigkeit der Studentenschaft bisher gerechtfertigt worden.

Sollte sie jedoch durch ein Gesetz völlig rechtliche Selbständigkeit erhalten, seien Loyalitätskonflikte unvermeidlich. Die Einheit der Universität sei dann nur noch „deklamatorisch“ gewahrt. Bei einer Ausgliederung der Studenten aus der Universität werde diese mehr zu einer Anstalt die sich verstärkt an den Staat anlehne. Die Tendenz, daß sich die Repräsentanten der Universität gleichsam wie Tarifpartner gegenüberständen, werde von diesen nicht gewollt.

Die Beschränkung auf ein Studentenschaftsgesetz ohne Diskussion der Gesamtheit des Fragenkomplexes Hochschule sei ein Selbstbetrug. Die Universität könne ohne die Studenten ihre kritische Funktion gegenüber Staat und Gesellschaft nicht erfüllen. — ner

In den Papierkorb damit

Eines gleich vorweg: wir sehen keine Veranlassung, uns mit dem „Deutschen Studenten-Anzeiger“ ausführlich zu befassen — heute nicht, in Zukunft nicht. Der Vorstand der Studentenschaft hat einiges unternommen, die Existenz dieses Blattes an der RU zu erschweren, und wir haben darüber berichtet.

In der Öffentlichkeit herrscht berechtigter Unruhe über die Existenz der Deutschen National- und Soldaten-Zeitung, der NPD und anderer obskurer Vereine neofaschistischer Prägung — und der DSA schreibt frech: „Das Wort ‚Faschist‘ hat seine diffamierende Wirkung verloren“ und: „Das Positivtabu ‚Demokrat‘ ist im Wanken“ und fordert: den „Entwurf eines Universitätsmodells von nationalisistischer Seite“ und fordert: „Revolte... gegen den Studentenparlamentarismus überhaupt“. Das Vokabular ist teilweise so gemein, wie es „linke“ Studenten mit ihren provokantesten Äußerungen nicht schaffen.

Uns rührt wenig, was der DSA in seinem Lokalteil zu sagen weiß. Wirkliche Kritik wird im Studentenparlament allemal besser geliebt; und die Angesprochenen, RCDS wie Korporationen, sollten sich mit Bestimmtheit der Umarmung des DSA entziehen.

Uns rührt jedoch sehr die Haltung des Rektors, der so nett gebeten wurde, von „seinem“ Hausrecht Gebrauch zu machen: er erlaubte und duldete ausdrücklich Vertrieß und Auslage, Privilegien, die sonst in penibler juristischer Form nur den gemeldeten studentischen Gruppen und Organen der Studentenschaft eingeräumt werden — wenn wir richtig informiert sind.

Der Postverteilerdienst der Universität durfte sogar Detektivarbeit verrichten, damit die ungenügend beschrifteten braunen Umschläge an die Herren Doktoren und Professoren — ob sie sich wohl die Aufmerksamkeit verdienen? — auch ihren Adressaten fanden. Normalerweise heißt es in solchen Fällen doch: zurück an den Absender — oder: in den Papierkorb damit! Die Redaktion



... gleich hinter der Mensa

Verheiratete wollen klagen

ESSEN/BONN. (BSZ/dpa) — Ein Interessenverband verheirateter Studenten soll gegründet werden. Wie die Katholische und Evangelische Studentengemeinde an der Ruhr-Universität mitteilt, soll dieser Verband einen Musterprozeß anstrengen, in dem verheiratete Studenten auf „Inanspruchnahme des Bundessozialhilfegesetzes“ klagen. Interessierte wenden sich an: Ludger Schürmann, 43 Essen-Altenessen, Ellernplatz Nr. 4, Telefon 29 71 22.

In einem Memorandum des Deutschen Studentenwerks wird das Bundesfamilienministerium aufgefordert, Härten im öffentlichen Versorgungsrecht für Studentenehepaare zu beseitigen. Bei Verheiratung fallen Kinderzuschüsse und Waisenrenten weg.

Das Memorandum schlägt den Bau von Appartement-Wohnungen aus Mitteln des Sozialen Wohnungsbaus u. a. vor. Die Aufnahme zinsfreier Darlehen soll ermöglicht werden.

Eine Sozialerhebung für das Jahr 1963 nannte die Zahl von 16 000 verheirateten Studierenden. Das DSW schätzt, daß diese Zahl inzwischen auf 25 000 angewachsen ist.



Dutschke was here

BOCHUM. (BSZ) — Der Einführungsabend des SDS zog rund 800 Zuhörer an. Doch der angekündigte Auftritt von Rudi Dutschke verzögerte sich, da er in Hannover sein Flugzeug verpaßt hatte. In der Zwischenzeit zeigte ein Teil der Zuhörer in einer improvisierten Diskussion deutlichen Argwohn gegen gewisse Methoden des SDS, Ruhe und Frieden zu stören.

Doch als Dutschke den noch ausgeharrten um 22 Uhr die „Strategie der außerparlamentarischen Opposition“ auseinandersetzte, waren alle überzeugt. Er forderte die Produktionsmittel für die Produzierenden und ein Wirtschaftssystem, das prinzipiell keine Krisen und Arbeitslosigkeit mehr kennt. Dutschke sprach sich gegen die Formulierung der außerparlamentarischen Kräfte zu einer neuen Partei aus.

Im internen Kreis nach der Veranstaltung diskutierte man noch neue Methoden, und Aktionen mit denen der Bochumer SDS in der nächsten Zeit hervortreten wird.

Offenbar war die Nacht- und Nebelaktion in der Nacht zum letzten Freitag schon ein Beginn des neuen Elans. Morgens las man verwundert in Fahrstühlen, auf dem Mensavorplatz, bei Brockmeyer und am Konsortium schwermüde Parolen: „Ihr freßt und Teufel muß sitzen“ — „Die ganze Justiz ist ein Scheißhaus wert“ — „Zwischen Kurras und dem Faschismus ist es nur ein Notstand“ — „Kurras ist ein Polizist und Kesting ein Bochumer Professor“ — „Was ist K. u. K.“? — „Kestlinge raus“ forderten Flugblätter und überall hingen mit Hakenkreuzen übermalte Exemplare des Deutschen Studentenanzeigers. Die Polizei ermittelte noch in der gleichen Nacht und machte auch einige Täter ausfindig; der Rektor will jedoch offenbar keinen Strafantrag stellen.

Studentenball

Am 8. Dezember findet in der Mensa ein Studentenball statt. Sein Motto: „Beat-Jazz-Film Pausenlos“. Es spielen das „University-Jazz-Workshop“ in neuer Formation (4. Platz des Jazz-Festivals in Oberhausen), „Die Keinen“, die „No's“ (Folksong) und die „Limelights“. Im großen Saal der Mensa werden auf zwei überdimensionalen Leinwänden im Pop-Stil zusammengeschnittene Filmszenen pausenlos die Szene optisch untermalen. Karten zum Preis von DM 3.— sind ab 29. November in der Mensa erhältlich.

379 DM kostet ein Studium im Monat

BONN. (dpa) — Die tatsächlichen Kosten eines Studiums — ohne Studiengebühren — betragen in der Bundesrepublik im Monat 379 Mark. Zu diesem Ergebnis führte eine Studie „Die monatlichen Ausgaben der Studierenden — Eine Untersuchung über die Richtbeträge für eine Förderung aus öffentlichen Mitteln“ von Gerhard Kath in Zusammenarbeit mit Christoph Oehler im Auftrage des Deutschen Studentenwerks. Die Studie konzentriert sich auf die Erhebung der tatsächlichen Studienkosten, d. h. der Beträge, die von Studenten zur Finanzierung ihres Studiums ausgegeben werden.

Das Ergebnis beruht auf Angaben von rund 1500 Studierenden in einer Zufallsstichprobe an Hochschulen. Es ist der erste überregional angelegte Versuch, Gesamthöhe und Zusammensetzung der Studienkosten auf Grund empirisch gesicherten Materials zu ermitteln. Der Betrag von 379 Mark ist ein Zentralwert, der zwischen dem häufigsten Wert — 372 Mark — und dem arithmetischen Mittel — 422,16 Mark — liegt.

- Die monatlichen Ausgaben der Studierenden verteilen sich wie folgt:
- Miete 90 Mark, Fahrkosten 16 Mark,
- Ernährung (ohne Pakete von Eltern usw.) 130 Mark, Körperpflege 10 Mark, Lehrbücher 24 Mark, sonstige Lernmittel 5 Mark, Anschaffung von Kleidung und Schuhen 30 Mark,
- Kleiderpflege, Reparaturen 10 Mark,
- Sozialbeitrag (untere Grenze) 7 Mark,
- sonstige Abgaben 57 Mark.

Die Untersuchung hat die bisherige Annahme, daß die im Elternhaus lebenden Studierenden finanziell erheblich günstiger gestellt und weniger auf Werkarbeit angewiesen seien, nicht bestätigt. Der Anteil der aus öffentlichen Mitteln Unterstützten ist hier ebenso groß wie bei den in Untermiete Wohnenden. Eine Aufschlüsselung der Einkünfte der Studierenden zeigt folgendes Bild: El-

tern 51 Prozent, öffentliche Mittel 24 Prozent, Werkarbeit während des Semesters und Rücklagen aus Werkarbeit 16 Prozent, Verbrauch von Vermögen und Zuschüsse Dritter 9 Prozent.

Diese Prozentsätze, die nicht nur die Finanzierungsarten, sondern auch ihre tatsächliche Höhe umfassen, stellen eine bisher unbekannt Information über die tatsächliche Bedeutung der einzelnen Einnahmearten für die Finanzierung der laufenden Studienkosten dar. Es zeigt sich, daß die Beiträge der Eltern hierbei im ganzen gesehen höher sind als vermutet wurde, während der Beitrag des Verdienstes aus Werkarbeit geringer ist als aus der bloßen Anzahl der Werkstudenten hervorgeht. Überwiegend verfügen die Studenten über mindestens zwei Einnahmearten.

Die Verfasser erklärten, die sozialpolitische Relevanz der vorliegenden Untersuchung lasse sich daran abschätzen, das gegenwärtig 56 000 Studierende (19,5 Prozent, Bochum: 30 Prozent) an den Wissenschaftlichen Hochschulen nach dem Honnefer Modell gefördert werden. Die Untersuchung wollte in diesem Bereich den Nachweis eigenständiger Maßstäbe für eine Förderung erbringen, die allein ein Studium frei von materieller Not ermöglichen und so dem bildungspolitischen Ziel der Chancengleichheit im Zugang zu allen Ausbildungsstätten gerecht wird.

Die bisherigen Förderungshöchstbeträge nach dem Honnefer Modell betragen 290 Mark im Monat. Die Kultusministerkonferenz hatte bereits vor längerer Zeit eine Erhöhung auf 350 Mark für notwendig gehalten. Bisher scheiterten alle Versuche einer Verbesserung an den Finanzministern. Nach einer neueren Entwicklung zeichnet sich eine grundsätzliche Verbesserung der Stipendien erst für das Jahr 1969 ab.

Jährlich 150 Millionen DM

DÜSSELDORF. (dpa) — Nordrhein-Westfalen rechnet mit jährlichen Investitionen von rund 150 Millionen Mark für die Neugründungen in Bochum, Dortmund und Bielefeld. Kultusminister Fritz Holthoff meint, mit diesen Mitteln die Neugründungen zügig vollenden zu können. Die Masse der Landesmittel wird von 1971 an von Bochum nach Dortmund und später nach Bielefeld fließen.

Daneben sollen Düsseldorf und die TH Aachen weiter ausgebaut werden. Die Ruhr-Universität, ursprünglich auf 15 000 Studenten zugeschnitten, wird für etwa 20 000 Studenten aufgebaut. Dortmund soll 600 Millionen Mark kosten und bis zu 6000 Studierenden Platz bieten.

Die künftige Struktur der Dortmunder Universität wurde vom Gründungsausschuß verändert. Die Landesregierung wird innerhalb der nächsten vier Wochen über neue Strukturpläne beschließen. Auch ein Strukturplan für Düsseldorf soll bis Jahresende vorgelegt werden.

Die Landesregierung rechnet damit, daß, gemessen an Bochum, ein Studienplatz ohne Klinikum rund 90 000 Mark kostet. An den Pädagogischen Hochschulen werden nur rund 16 700 Mark benötigt. Kultusminister Fritz Holthoff plädierte für bundeseinheitliche Studienordnun-

gen. Bei einer Verkürzung der Studierendauer von nur einem Semester je Student könnten 6000 zusätzliche Studienplätze in Nordrhein-Westfalen gewonnen werden.

Im gegenwärtigen Wintersemester sind rund 60 300 Studierende an den nordrhein-westfälischen Universitäten und an der TH Aachen eingeschrieben. Vor 15 Jahren betrug die Zahl nur 25 200. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Professoren von 394 auf 1033 und die des Akademischen Mittelbaus von 152 auf 1334 erhöht. An den Pädagogischen Hochschulen nahm die Zahl der Studierenden in den vergangenen Jahren von 2961 auf rund 16 800 zu; die Zahl der Professoren von 70 auf 313 und die des Mittelbaus von 80 auf 208.

Dr. Kesting nimmt den Ruf an

BOCHUM. (BSZ) — Dr. Kesting, bislang Dozent an der TH Aachen, hat den Ruf auf den dritten Lehrstuhl für Soziologie in der Abteilung Sozialwissenschaft angenommen. Die Studenten der Fachschaft, die ihn in einem offenen Brief bekanntlich abgelehnt hatten, erfuhren diese Nachricht zuerst von ministeriellen Stellen in Düsseldorf, während im Dekanat anscheinend noch nichts bekannt war. (Siehe Seite 2: Berufungen müssen objektiviert werden).



Durst
löscht
man
mit
Schlegel



Kanzler der Kölner Universität stolperte über erotisches Bedürfnis der Studentinnen

KÖLN. (BSZ) — „Zum ersten Male in der 600jährigen Geschichte der Kölner Alma Mater gab es eine Studentenvollversammlung, die zu einem Scherbenegericht über die ‚veralteten und autoritätsbezogenen Herrschaftsverhältnisse‘ an den hohen Schulen der Bundesrepublik wurde“, meldete etwas verwundert die „Frankfurter Rundschau“. Etwas verwundert lasen es auch die Studenten, denn aus Köln hätten sie am wenigsten solche gesellschaftspolitischen Töne erwartet von einem AstA, der sich jahrelang hauptsächlich um das gekümmert hatte, was die gleiche Zeitung einmal als „ein wenig Sozialklimbim“ hingestellt hatte.

Die Sache kam ins Rollen, als die „perspektiven“, Kölns Studentenzeitschrift, einen vertraulichen Brief des Kanzlers an den Vorsitzenden des Studentenwerks an die Öffentlichkeit brachten. Darin sprach sich Kanzler Dr. Wagner gegen Herrenbesuch im Studentinnenwohnheim aus, „da es keinem Zweifel unterliegen dürfte, daß die Möglichkeit und die Wahrscheinlichkeit, daß etwas geschieht, im Zimmer einer Dame größer ist, ja, daß man dafür zumindest zusätzliche Gelegenheiten schafft... Das Besuchszimmer wäre zu gleicher Zeit ... Schlafzimmer der Dame mit dessen Fluidum und Gegebenheiten“. Diese Frage (des Herrenbesuchs) könne nur von „reifen und lebenserfahrenen Personen beurteilt und entschieden werden“. Womit Dr. Wagner „Studentinnen und Studenten in ihrer Gesamtheit, den Mitgliedern des Studentenparlaments, des AstA und des Studentenwerks die Reife“ abspreche, stellt die Resolution einer zufälligen Studenterversammlung am 3. November fest. Stimmung gegen den Kanzler machten vor allem der SHB und der SDS durch Flugblattaktionen und Forderungen

nach Mitbestimmung in den Gremien der Universität. Klaus Laepple, AstA-Vorsitzender nach wie vor, setzte sich jedoch an die Spitze der Bewegung, indem er weitere Details über das Kanzlerverhalten bekanntgab, und dazu eine Art Sit-in organisierte.

Die weiteren Anklagepunkte:

- Das Parlament der Kölner Studentenschaft hatte beschlossen, Teilnehmern der Demonstrationen gegen die Kölner Verkehrsbetriebe im vergangenen Jahr die eventuellen Prozeßkosten zu bezahlen. Der Kanzler forderte nun die Rücknahme dieses Beschlusses, andernfalls werde er die einzelnen unterstützten Studenten regreßpflichtig machen.
- Der Kanzler hatte gegenüber Laepple bestritten, die Stammkarte eines Kommilitonen an die Staatsanwaltschaft ausgeliefert zu haben. Laepple konnte ihn jedoch der Lüge überführen — was Dr. Wagner dann auch öffentlich eingestehen mußte.

Laepple spielte nun seine Cleverneß aus; in einer Dienstaufsichtsbeschwerde forderte er den Kultusminister zu einer Stellungnahme heraus. Der antwortete vorsichtig, wies die Beschwerde ab, wobei er die Rechtsauffassung des Kanzlers für fraglich halte. Laepple dazu: „Das ist ein schwaches Licht, das der Minister da hat leuchten lassen.“ Und während einer Vollversammlung von Studenten hatte er die Lacher auf seiner Seite, als er einem Zwischenrufer, der den Kultusminister als einen „Bauern“ bezeichnete, trocken konterte: „Soweit ich weiß, ist Holthoff kein Bauer, sondern Turnlehrer.“

Zu dem Brief wegen des Herrenbesuchs ließen die Kölner Studenten ein psychologisches Gutachten anfertigen, in dem Dr. Wagner eine aus Verdrängung gespeiste Sexualmoral attestiert wurde. Im übrigen hieß es darin, sei „die Un-

versehrtheit des Hymen kein allgemeiner verbindlicher Wert, sondern Privatangelegenheit der einzelnen Studentin.“ In einer außerordentlichen Senats-sitzung bewegte Laepple den Senat zu einer einem Tadel gleichkommenden Stellungnahme.

Die Feinheiten der Kölner Rebellion entgingen jedoch den meisten Kommentatoren: für Laepple geht es letzten Endes um eine Machtfrage, die er notfalls mit einer Hochschulverfassungsklage entscheiden will. In einer Resolution formuliert er: die „Äußerungen und Forderungen (des Kanzlers) stellen einen groben Eingriff in ein elementares und unbestrittenes Recht der Studentenschaft, das Recht auf Selbstverwaltung ihrer Einnahmen, dar“. Bei diesen Einnahmen endet Laepples Verständnis.

Die rebellierenden Studentengruppen, voran SHB und SDS, haben andere Parolen ausgegeben: paritätische Mitbestimmung in den akademischen Gremien, Abschaffung von Abhängigkeitsverhältnissen, Umgang zwischen Lehrenden und Lernenden nicht nach ethischen, sondern politischen Gesichtspunkten.

wywiass
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote • Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 • Ruf 61423

Berufungen müssen objektiviert werden

Fortsetzung von Seite 1: „Dr. Kesting nimmt den Ruf an“

Die Studenten planen Gegeneminare zu den Lehrveranstaltungen des Soziologen. Die bei diesem Fall aufgeworfenen Fragen der Berufungspolitik des Senats und der Fakultäten fand, soweit ersichtlich, bei einigen Professoren ein positives Echo. Das mindeste, was erreicht werden muß, ist die Verhinderung von Schulbildungen. Der Wissenschaftsrat hat z. B. zum Habilitationsverfahren — das in gewisser Weise auch für Berufungen gelten kann — Vorschläge gemacht, und zwar zur „Entformalisierung und Beschleunigung“ und zur „Objektivierung“. Diese letzteren sind folgende:

- „Der Habilitant kann sein Gesuch um Habilitation an die Fakultät richten, ohne dabei von dem entsprechenden Fachvertreter innerhalb der Fakultät unterstützt werden zu müssen.“
- Die Fakultät entscheidet auf Grund von mehreren Gutachten namhafter, in der Regel auch auswärtiger Vertreter des gleichen Fachgebietes. Da hervor-

Das Druckhaus für anspruchsvolle Kunden

Druckhaus Schürmann & Klages

Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 6 47 46-48

Filmclub Programm 67

- Mi., 29. 11.: „Der müde Tod“ (1921). Regie: Fritz Lang. Wird oft als dessen bester Film apostrophiert.
- Sa., 2. 12.: Matinée Alain Resnais „Muriel“ (1963), ein Farbfilm, beschreibt den Krieg nur noch in der Reflexion.
- Mi., 6. 12.: Murnau: „Nosferatu“ (1922), Bunuel: „Ein andalusischer Hund“ (1928). Der Stummfilmklassiker „Nosferatu“ ist seit der erfolgreichen Neuaufgabe des „Dracula“-Romans von Bram Stoker wieder stark gefragt.
- Mo., 11. 12.: Industriefilme III.
- Mi., 13. 12.: „Kameradschaft“ von G. W. Pabst, 1931. Eine Beschworung des Geistes von Locarno? Fraglos ein auch heute noch moderner Film; mit realistischen Mitteln wird Atmosphärisches gestaltet.
- Mi., 20. 11.: M. Antonioni: „Der Schrei“ (1957). Mit „Il Grido“ begibt sich Antonioni erstmals in die Welt der Arbeiter.

Die Diskussion

Verschiedene Ereignisse in den vergangenen Tagen geben Anlaß, über die Situation der Bochumer Studentenschaft den Versuch einer Bestandsaufnahme zu machen. Im wesentlichen kann man drei prinzipielle und voneinander verschiedene Positionen unterscheiden:

1. Die Studentenschaft soll sich hauptsächlich auf ihre Fachvertreter in den einzelnen Abteilungen stützen. Kooperation und Integration der Fachvertretungen, Mitwirkung in den akademischen Gremien im Rahmen der Aufgaben einer Universität sind allein die Aufgaben der Studentenschaft und der Organe der Studentenschaft. So etwa sieht es auch noch die Verfassung der Ruhr-Universität vor.
2. Die Studentenschaft soll sich in ihrer gesellschaftspolitischen Rolle begreifen. Ihre Organe haben die Demokratisierung der Hochschule voranzutreiben und direkte Willensbildung von unten nach oben zu ermöglichen. Die Mittel dazu sind Studentenvollversammlungen, plebiszitäre Entscheidungen, Veranstaltungen mit demonstrativem Charakter, Öffentlichkeit aller akademischen Entscheidungen usw.: Diese Tendenzen werden von den nichttraditionalistischen, politischen Hochschulgruppen gefördert.
3. Die Studentenschaft soll eine leistungsfähige Selbstverwaltung erhalten, in die universitäre Bürokratie möglichst wenig hineinregieren kann, sie soll zu sozialer und wirtschaftlicher Selbsthilfe befähigt sein. Auf dem Umweg über diese starke Stellung als genossenschaftlicher Verband — formal nach dem Modell der repräsentativen Demokratie organisiert — sucht die Studentenschaft Einfluß auf die Universitätsverwaltung zu nehmen. Diese Auffassung wurde jahrelang zäh von Studentenschaftsfunktionären entwickelt, die aus ihrer Sicht vor allem der unvollkommenen studentischen Interessenvertretung eine gewisse Stabilität und Kontinuität sichern wollten. Die Entwicklung führte in Hessen zu dem nur scheinbaren Fortschritt, daß die Studentenschaft eine Vertretungsvollmacht öffentlich-rechtlicher Natur erhielt.

Auch in Bochum hält die interne Auseinandersetzung über diese drei sich einander befehlenden Meinungen weiter an — seit der Abwahl von Peter Schultz im Mai 1966, seit der verunglückten Vollversammlung am 7. Dezember 1966, seit der Urabstimmung über

STÄNDISCHE ORDNUNG

Ulrich Dröge

die Satzung am 15. Mai dieses Jahres und seit dem Wahlkampf im Juli, in dem verschleierte die oben genannten Positionen auf den Wahlprogrammen wieder auftauchten. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Debatte, als sich der neue Rektor öffentlich — in seiner Rede zur Immatrikulationsfeier — in sie einschaltete. Seiner Ablehnung der körperschaftlichen Stellung der Studentenschaft neben der Körperschaft Universität kann man ohne weiteres zustimmen, wenn sich dahinter das Eingeständnis verbirgt, daß die Masse der Studierenden schließlich das Profil einer Universität bestimmt und im Prinzip es nichts gibt, was nicht eine „studentische Angelegenheit“ wäre — auch Finanzprobleme, auch Ausbauforderungen, auch Berufungen, solange Schulbildungen nicht vermieden werden, auch Prüfungsverfahren, weil zu viele persönliche Momente noch darin eine Rolle spielen, usw. usw.

Sollte Magnifizenz Biedenkopf und eine Mehrheit im Senat die ganz und gar pragmatische Bewältigung hochschulpolitischer Entscheidungen meinen, die man unbedingt nur im größtmöglichen, u. zw. öffentlichen, Einvernehmen treffen kann — gut! Sollte der Rektor allerdings die Studenten auf ein ein wenig modern frisiertes, intellektualisiertes akademisches Standesethos gegenüber der universitätsfremden Umwelt verpflichten wollen — dann wird man ihm die Gefolgschaft versagen müssen.

In der Studentenschaft gibt es handfestere Bedenken gegen ein Studentenschaftsgesetz als sie Magnifizenz aus der Korporationsidee heraus entwickelt. Erstens würde es nichts festlegen, was nicht schon wäre, d. h. was die Studentenschaften in praxi tun; dagegen bliebe die ganze Frage der Mitbestimmung und der Universitätsstruktur weiterhin draußen: „nach Maßgabe der Hochschulverfassungen“ (wie es der Salzwedel-Ausschuß formuliert, auf den sich das Kultusministerium stützen wird) — aber auf diese Verfassungen kommt es eben an.

Zweitens wäre eine Studentenschaft als gesetzlich autonome Körperschaft eine nachgeordnete Behörde und könnte sich konsequenterweise auch vom Staat aushalten lassen — vom Wegfall der Sozialbeiträge her gesehen ein verlockender Gedanke, aber sonst?

Drittens würde die Studentenschaft als Verband, in dem jeder Student automatisch Mitglied ist, mit Sicherheit in Konflikt mit dem Grundgesetz kommen: das garantiert nämlich die Koalitionsfreiheit. Gerade das halte ich für einen ganz entscheidenden Punkt. Realistisch gesehen, ist die Studentenschaft in sich extrem heterogen: so viele Meinungen, wie es Studenten gibt, so viele Willenskundgebungen wie sie Organe (Fachschaften) hat, so viele Polemiken, wie es Hochschulgruppen gibt...

Die Studentenschaft sagen, hieße ständische und „zünftige“ Ordnungsvorstellungen hervorholen — die sind aber nicht einmal mehr mit dem Hinweis auf die soziale Lage der Studenten zu rechtfertigen!

KAJÜTE
Bochum, Alleestr. 137, Tel. 6 93 16

MUSIK-TANZ-BAR

Das originelle Abendlokal mit der gemühtlichen Atmosphäre
Küchenspezialitäten bis 5 Uhr früh
SOLIDE PREISE

Dreißig Prozent?

BOCHUM. (BSZ) — Der SHB, der seit einiger Zeit hektographierte „Notizen“ herausgibt, will sich schon insgeheim auf die nächsten Wahlen zum Studententparlament vorbereiten. Ziel, laut Altparlamentarier Willi Binsfeld: „30 Prozent“.

Quo vadis, KSG?

BOCHUM. (BSZ) — Unsere Darstellung in der letzten Ausgabe, daß die Katholische Studentengemeinde (KSG) ihre Unterschrift unter den Kesting-Brief zurückziehen „mußte“, berichtigen wir (freiwillig) insofern, als die Studenten diesen Schritt „in gewisser Weise freiwillig“ taten. Die Feinheit liegt in der Umkehrung jener Schlagzeile, die die „Westfälische Rundschau“ brachte. Also nicht: „Der Bischof droht Studenten“, sondern: den Studenten droht der Bischof — wenn sie im Namen der KSG weiterhin einen solchen kritischen Kurs steuern.

Die KSG — das sind grundsätzlich alle katholischen Studenten. Aber die aktive Gruppe an der Spitze dränge sie auf einen Weg, wo man sich fragen müsse, „ob wir weiterhin im Rahmen der Kirche bleiben“, sagt Pater Richter. Er findet die Motive seiner Anbefohlenen zwar sympathisch, hat aber vorgeschlagen, sie sollten eine Studentengruppe gründen, damit solche Konflikte, ob die KSG einen hochschulpolitischen Auftrag habe, gar nicht erst entstehen. Trennung also zwischen geistlichem und geistigem Auftrag?

Die Einladung an Dr. Kesting halten

mittlerweile fast alle Beteiligten für ein Unglück. Sie wird dem Dipl.-Kfm. Ernst Zieris Assistent am Soziologischen Institut (!), und zugleich Leiter einer AG in der KSG zur Last gelegt. Zur Auswahl für den Vortragsabend war noch Prof. Koselleck in der Diskussion gewesen. Doch Zieris pries den Dozenten aus Aachen (Kommentar des Aachener AstA-Vorsitzenden: „Was sind wir froh, daß ihr den jetzt kriegt!“). So kam es zu dem Abend, an dem einige Studenten hellhörig wurden, was Dr. Kesting da über den „Fortschritt der Völker“ zu sagen wußte: nämlich dort gebe es ihn eigentlich nur, wo die Bevölkerung den notwendigen Arbeits- und Sparwillen zeige: in Israel, Portugal und Spanien.

Die KSG-Studenten mußten auch die Einladung an den früheren Priester Mathias Beckers, jetzt PH-Dozent in Bremen, und Autor eines Buches gegen die Katholische Kirche, der seit seiner Verheiratung (!) den Austritt aus ihr predigt, wieder zurücknehmen. Beckers spricht trotzdem an der RU: am 28. November (heute, Erscheinungsdatum!) um 18.15 Uhr, Hörsaal A 2. Die Humanistische Studentenunion hat sich der Sache angenommen.

Aus der Arbeit des Parlaments

BOCHUM. (BSZ) — Bei der 4. ordentlichen Sitzung des Studententparlaments am 14. November standen nicht nur Neuwahlen des Vorstands der Studentenschaft auf der Tagesordnung.

Die ABS versuchte eine Debatte über den zuvor abgegebenen Bericht des zurückgetretenen Zöpel einzuleiten. Die BDV-Fraktion schloß sich an und kritisierte das Studentenwerk, mit dem sich das SP noch in den nächsten Sitzungen auseinandersetzen wird. Von der BDV kamen auch Beschwerden über eine angeblich unfaire Berichterstattung über die Fachschaft Wirtschaftswissenschaft in der BSZ. Eine Diskussion über die Arbeit des Vorstandes und einige Punkte der Finanzsituation fand statt.

Der Rechtsausschuß brachte einige Anträge ein. Mit deutlicher Mehrheit (22 von 27 Anwesenden) verabschiedete das Parlament eine Resolution zum Fall Dr. Kesting, in der die Fachschaft Sozialwissenschaft unterstützt und die Öffentlichkeit von Berufungen gefordert wird.

Der frühere AstA-Vorsitzende Ermrich (ABS) verlangte energisch die Wahl der Mitglieder des Beirats zum Studienbüro. Es ist bislang das einzige paritätisch besetzte Gremium. Der Anspruch auf

gleichberechtigte Mitbestimmung werde unglaubwürdig, wenn diese Chancen nicht genutzt würden.

Das Parlament tagt in der Regel dienstags vierzehntägig.

Ausstellung

Im Foyer der Commerzbank am Husemannplatz ist die Ausstellung über „Westafrikanische Kunst und Kultfiguren“ noch bis zum 2. Dezember geöffnet.

DR. HAMMER
Mayonnaise
je öfter-je lieber!

Wahlen zum 20. Konvent: Eine rechte Mehrheit?

BERLIN. (BSZ) — An der FU Berlin finden vom 5. bis 8. Dezember Neuwahlen zum Konvent statt. 213 Kandidaten (gegenüber 129 im vergangenen Jahr) bewerben sich um die 76 Sitze. Man rechnet mit einem „erbitterten Kampf um die Wählerstimmen“ (Frankfurter Rundschau), weil sich sowohl die bisherige Konventsmehrheit als auch die oppositionellen Studenten fester zusammenschlossen haben. Die „Vereinigte Arbeitsgemeinschaft an der FU“ erklären, AstA und Konvent hätten ihre Legitimation als studentische Interessenvertretung verloren und die unmittelbaren Anliegen der Studentenschaft vernachlässigt.

Wie die „Anrisse“, die Zeitung der TU Berlin, kürzlich schrieben, soll Jürgen Runge, der bisherige Vorsitzende des RCDS, in einem Brief an Axel Springer um erhebliche Geldmittel für einen „demokratischen“ Wahlkampf gebeten haben.

Nach dem Freispruch des Polizisten Kurras und in Erwartung einer Verurteilung des Studenten Teufel sind erneute heftige Demonstrationen und Spannungen zu erwarten.

Hochschulgesetz

KÖLN. (BSZ) — Auf Antrag der Bochumer Delegierten beschloß die 12. ordentliche Landesversammlung der Studentenschaften in NRW einstimmig, innerhalb der nächsten sechs Monate den Entwurf eines Hochschulgesetzes vorzulegen. Ein Studentenschaftsgesetz sei „nicht geeignet, die notwendigen Reformen der Struktur der Universität herbeizuführen“. Aufgaben und Stellung der Studentenschaft sollen in diesem Hochschulgesetz festgelegt werden. (vergl. auch Kommentar „Ständische Ordnung“.)

Schlör GETRÄNKE VON INTERNATIONALEM RUF

SCHLÖR-GESELLSCHAFT MBH BOCHUM UND RECKLINGHAUSEN

Die behutsamen Korporationen

Manch Inoffizielles über Verbändekommers

„Ich ging mit ihnen, und ich habe mich in der manierlichen Gesellschaft dieser jungen Leute sehr wohl gefühlt. Die deutschen Burschenschaftler sind auf dem besten Weg, Gentlemen zu werden — aber deutsche Gentlemen. Und der deutsche Gentlemen, fürchte ich, ist ein Mann, der nie handelt, auch nicht absichtsvoll. Er ist der Introvertierte, der dem Extrovertierten höflich die Straße überläßt; der Behutsame, der nach der Mensur seine Hände in Unschuld wäscht.“

(William S. Schlamm in der „Welt am Sonntag“ über das Göttinger „Wartburgfest“ der Burschenschaften.)

Ort: Mensa
Zeit: 20.00 c.t. — nach Mitternacht
Es waren nicht gekommen und ließen Grüße übermitteln: Die Landesregierung, der Ministerpräsident, der Kultusminister von NRW;
Seine Magnifizenz der Rektor und der Prorektor der Ruhr-Universität; Oberbürgermeister, Oberstadtdirektor und Polizeipräsident Bochums;
Der Vorsitzende der „Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität“.
In Stellvertretung (oder aus eigenem Antrieb) erschienen:
Der Präsident des Verfassungsgerichtshofes von NRW;
Der Alterspräsident der Akademikerverbände;
Der Kanzler und vier Professoren der Ruhr-Universität,
für die Kirche: der Superintendent, der Stadt-Dechant;
für die Behörde: der leitende Oberstaatsanwalt des Landgerichtes Bochum; für die „Wehrmacht“ (zit.): ein Generalmajor (7. PzGrenDiv); für das AkaFö: der Direktor.
Ehregast: der Ministerpräsident des Freistaates Bayern Dr. hc. Goppel.
Die Besucher: Alte Herren, Aktive und Inaktive, Füxe; eine Dame und ein Herr des SDS;
zwei weitere Studenten (interessiert); Pressevertreter.
Getrunken und gegessen wurden: Krug Vest Pils, Fachinger Wasser, Steinhäger, Weinbrand, Pastetchen gefüllt

mit Geflügelfagout, Kasseler kalt mit Kartoffelsalat, Restaurationsteller.
Für Musik sorgten: ein Klavier, einige Streichinstrumente, Trompete, Schlagwerke, Akkordeon mit Besetzung.
Der Eintritt: 1,00 DM Studenten, Alte Herren ab 3,50 DM.
Stehend wurden angehört: die vierte und sechste Strophe des „Gaudeamus igitur“, Worte zum Totengedenken + „Ich hatt einen Kameraden“, die dritte Strophe der Nationalhymne (zum Mitsingen).
Sitzend wurden vernommen: einige Lieder, die Festrede des (Haupt)Ehregastes, die Dankesworte zu dieser Rede, eine weitere Ansprache, noch eine, einiges, das steigender Bierseligkeit entsprang, manch Inoffizielles, das nicht genannt werden soll.
Dazwischen Applaus. Auch Zischen (dem Vernehmen nach NBBlr).
Herr Dr. Goppel ging bald. Andere folgten.
Ich blieb bis nach Mitternacht: freibierumsorgt.
Anhang:
Zur Rede des Dr. hc. Goppel:
Das Thema: „Die studentischen Korporationen in der Gesellschaft“.
Das Fazit: Es gibt nach wie vor Korporationen.
Es sprach: Ein Alter Herr.
(Der Text kann durch den leitenden Veranstalter Herrn Theo Wünnenberg — Bochumer Rechtsanwalt und Mitglied der KV — bezogen werden.) — ee

RUM and MAPLE

Original-amerik. Pfeifentabak. Wird jetzt in Deutschland hergestellt. Durch Zollersparnis nur 2,50 DM

Gratisprobchen
PLANTA · TABAK · BERLIN 61

Die Studenten-Revolution wird nicht stattfinden

Sicherlich einer der bestinformierten und geschicktesten Beobachter der Studentenbewegung dieses Jahres, besonders der Berliner Ereignisse, war Kai Hermann, Berliner Korrespondent der „Zeit“. Sein Buch, das seit einigen Tagen im Buchhandel zu haben ist,

„Die Revolte der Studenten“, 153 Seiten, Paperback DM 7,80. DIE ZEIT-BÜCHER.

ist die bisher beste Reportage über das Thema.

Sie beschreibt die historischen Vorgänge besonders an der FU seit Ende des Krieges, die Hauptpersonen, die Entstehung des Konflikts, seine gesellschaftlichen und theoretischen Hintergründe, seine internationalen Dimensionen, beschreibt auch — und das macht in der gegenwärtigen Diskussion den besonderen Wert des Buchs aus — die im Ansatz schon begonnene Konterrevolte der konservativen Kräfte in der Studentenschaft und der Politik: „Nicht nur die CDU unter Führung ihres ultrarechten Flügels gewann mit Hilfe der Studenten eine Popularität, wie nie zuvor in der Dreisektorenstadt. Auch die sozialautoritäre Gruppe in der SPD eroberte schon verlorenes Terrain zurück. In der Bevölkerung wurden verdeckte faschistische Sentiments wieder wach...“ Kai Hermann kennt sich in den Feinheiten universitärer Gepflogenheiten gründlich aus. Er verteidigt die Studenten, wo die Vernunft ihrer Argumente auf der Hand liegt: „Gegen alle Erfahrung lebte die Universität weiter in der Fiktion, sie könne sich gesellschaftlichen Einflüssen entziehen und übe selbst keinen politischen Einfluß aus. Der Gedanke einer Demokratisierung schien ihr absurd.“

Er bietet seine ganze Ironie in der Beschreibung der verschreckten Bürger, Politiker, Professoren, der verlogenen Presseberichterstattung auf; er teilt ebenso wenig freundliche Gefühle für die Kommunisten: „Sie schreiben in einem Flugblatt: „Vögelt nicht im Audimax“ und glauben, den Alltag wieder einmal revolutioniert zu haben. Sie haben wie viele junge Leute nachpubertäre Schwierigkeiten und sind zu intelligent, um mit ihnen fertig zu werden.“ Er setzt sich souverän mit den Bestrebungen der außerparlamentarischen Opposition und ihren verschiedenen theoretischen Ansätzen auseinander; jedoch: „Den Glauben an die wirksame Funktion der Toleranz in dieser Gesellschaft zerstörte ihnen nicht Marcuse, sondern kollektive und individuelle Erfahrung.“

Dienlich sind die Kapitel, in denen sich Hermann mit der Revolte in Berkeley von wo aus in den USA die Free-Speech-Movement in die breite Welle der Anti-Vietnam-Bewegung ausmündete — beschäftigt und den verblüffenden Parallelen zu Berlin nachgeht. Nur — an der kalifornischen Universität

Kai Hermann
Die Revolte der Studenten



siegte die Reaktion: „Nach dem Wahlsieg machte (der alternde Cowboy-Star und Goldwater-Republikaner) seine Versprechen wahr: Er forderte die Kürzung des Universitäts-Budgets um zehn Prozent und einen generellen numerus clausus.“ Hermann stellt lakonisch fest: „Die Studenten-Revolution wird nicht stattfinden. Das gestehen sich insgeheim auch ihre Ideologen ein.“ Er hält den Erfolg der studentischen Opposition, „quantitative Veränderungen“, schon für nicht mehr überbietbar: „Sie überschätzt sich selbst in dem Maße, wie sie von ihren Gegnern — nicht ohne taktische Absicht — überbewertet wird.“ Das Buch ist gründlich, ohne langweilig zu sein. Die Sentenzen darin sind unerschöpfliches Zitatenservoir, der Anhang bringt die wichtigsten Presse- und Flugblattkommentare als zeitlose Dokumente. Im ganzen gesehen, stärkt es die Position der Studentenschaft in der öffentlichen Meinung. dr.

Sport-Diskussion

BOCHUM. (BSZ) — Der Sportreferent der Studentenschaft hat eine Podiumsdiskussion zum Thema „Schulsport — Bildungs- oder Leistungsnotstand? Zur Frage des Sportgymnasiums“ organisiert. Hierbei sollen gewisse Vorstellungen des Deutschen Sportbundes (DSB) über intensivere Fördermaßnahmen des Leistungssports unter die Lupe genommen werden. Diskussionssteilnehmer sind Vertreter des Kultusministeriums, des DSB und Professoren der RU. Die Veranstaltung beginnt am 30. November, 19.30 Uhr, Hörsaal C I.

... gleich neben der Mensa

IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER

463 BOCHUM-QUERENBURG

Lennerhofstraße 70 - Telefon 51 13 60

Schrimpf contra von Campe

Seit dem Bochumer Germanistentag im Oktober und der letzten Germanistenversammlung vom 8. 11., die von 200 Studenten besucht war, sind nicht nur die Germanistik-Studenten von einer produktiven Unruhe erfaßt:

Prof. H. J. Schrimpf, Ordinarius für Neuere Deutsche Literaturgeschichte, benutzte sein Kolleg am 16. 11., um dem staunenden Auditorium einen Vorschlag über die Neugestaltung der Vorlesung zu unterbreiten.

Für das nächste Semester plant Prof. Schrimpf eine Veranstaltung, die er „Vorlesung und Proseminar“ nennt. Studenten sollen in unregelmäßigen Abständen den Platz des Professors einnehmen und über bestimmte begrenzte Themen referieren und damit eine Diskussion anregen. Prof. Schrimpf will dann überleiten, vertiefen und akzentuieren. Bei befriedigendem Ergebnis sollen die Referenten einen Proseminarschein erhalten.

In der Schrimpf-Vorlesung am 23. 11. hatte der Fachschaftsvorsitzende der Germanistik, H. G. v. Campe, Gelegenheit, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen.

In einem viertelstündigen Referat führte von Campe aus, daß man Lehrende und Lernende nicht gegeneinander austauschen könne und in der von Prof. Schrimpf skizzierten Vorlesungsform nur ein Monolog vom anderen ersetzt werde. Vielmehr komme es darauf an, daß der Professor die Möglichkeit ergreifen solle, ein Echo aus seiner Hörschaft wahrzunehmen.

Von Campe schlug vor, der Professor möge den Studenten am Ende eines Semesters ein Literaturverzeichnis und eine knappe Disposition für die Vorlesung des kommenden Semesters ausändigen. Das erleichtere Auswahl, Vorbereitung und Rezeption des Stoffes. Interessierte Studenten sollen außerdem einen „Hörerkreis“ bilden, der von Zeit zu Zeit dem Auditorium kritische Bemerkungen, Anregungen und Fragen zu einzelnen Abschnitten des Kollegs vorträgt.

Prof. Schrimpf lehnte es ab, die Disposition seiner geplanten Vorlesung den Studenten am Semesterende schriftlich vorzulegen, da er ohnehin zu Beginn jeden Semesters einen Überblick gebe. Er sehe auf die Wissenschaft die Ge-

fahr der Indoktrination zukommen, der sie durch den Faschismus schon einmal erlegen, und von der sie jetzt in der Form des Vulgärmarxismus bedroht sei. Der Bericht eines „Hörerkreises“ verletze die Freiheit der Lehre, die Studenten könnten vielmehr Kritik äußern, indem sie seine Vorlesungen, wie es ihr Recht sei, nicht besuchten.

Begrüßenswert ist, daß Prof. Schrimpf versuchen will, eine neue Art der Vorlesung zu erproben und es ist erfreulich, daß er der Diskussion seines Vorschlags zwei Vorlesungsstunden widmete.

Den Gegenvorschlägen des Fachschaftsvorsitzenden mangelte es ein wenig an Präzision, so daß Mißverständnisse nicht ganz zu vermeiden waren — dies zeigte sich an der nicht weniger unpräzisen Entgegnung Professor Schrimpfs und an den unentschiedenen Reaktionen des Publikums.

Die auf studentischer, noch deutlicher aber auf professoraler Seite aufkommende Erregung ließ erkennen, wie leicht sich Fronten bilden können, wo Gespräche wahrscheinlich noch angebracht wären. B. H.

Nicht nur für Männer!



Für alle Kenner

FIEGE PILS

Affäre Süßmilch: Was soll vertuscht werden?

BOCHUM. (BSZ) — Die sogenannte Affäre Süßmilch — Detlev Süßmilch war 1966 ASIA-Vorsitzender an der RU — bekommt allmählich leicht geheimnisvolle Züge: sie wird zu einer Affäre Rüffin. Peter Rüffin, Pressereferent unter Süßmilch, hatte diesen bekanntlich am 28. Oktober 1966 in aller Öffentlichkeit schwerer Vergehen beschuldigt. Die Staatsanwaltschaft ermittelte gegen Süßmilch bis in dieses Jahr hinein we-

gen Einfuhr staatsgefährdender Schriften und landesverräterischer Beziehungen (zu der FDJ Leipzig, wo sich Rüffin und Süßmilch offiziell als Studentenvertreter im September aufgehalten hatten); wegen Beleidigung des Bundespräsidenten (solche Äußerungen will Rüffin Süßmilch in Leipzig abgelauscht haben) und wegen Untreue — dieser Verdacht schwebt theoretisch über jedem Studentenvertreter, solange kein Studentenschaftsrecht besteht. Die Ermittlungen gegen Süßmilch wurden nach Monaten in allen Punkten eingestellt! Am 28. Oktober hatte Rüffin die Pressekonferenz einer VDS-Tagung in Bochum genutzt, um diese schweren Geschütze abzufeuern (Süßmilch war auf Reisen). Die „WAZ“ berichtete zurückhaltend, nachdem noch am gleichen Abend sich das damalige Studentenparlament mit der Sache beschäftigt hatte und die Redaktionen auf die vermutliche Unhaltbarkeit der Vorwürfe hingewiesen wurden. Die „Ruhr-Nachrichten“ jedoch überschlugen sich: „Lübke wird selbst über Strafantrag entscheiden“, „Protokolle aus Leipzig für den Staatsanwalt“ — so lauteten die Überschriften, und ausführlich wurden Rüffins Stories ausgebreitet. In einem anderen Licht erscheinen die Dinge jetzt:

● Rüffins persönliche Lauterkeit muß nach den allmählich bekanntgewordenen Tatsachen in Zweifel gezogen werden.

● Anscheinend hatten einige Kreise in der Universität damals ein Interesse daran, die Studentenvertretung klein-zuhalten. (Universität, Kultusministerium und Studentenschaft waren wegen der Rechte der Studenten heftig im Streit.) War Rüffin hier Werkzeug? Über seine Pläne, Gedanken und Schritte äußerte er sich im Rektorat immer häufiger vertraulich und auch schriftlich.

● Es geht das — von seriösen Personen bestätigte — Gerücht um, Rüffin habe für Nachrichtendienste gearbeitet! Nach der Einstellung der Ermittlungen gegen Süßmilch wäre eine Ermittlung gegen Rüffin fällig. Denn:

● Er hat Süßmilch als einen „Kommunisten“ hinreichend für weitere politische Ämter verdächtig gemacht. (Fortsetzung Seite 4)

Noch im vertrauten Umgang miteinander: Süßmilch (rechts), Stellvertreter und Nachfolger Ermrich (Mitte), Rüffin (links).



Wer möchte das nicht? Es gibt Millionen Chancen, aber nur eine Voraussetzung: sparen. Kennen Sie einen der Großen dieser Erde, der das Sparen verachtet? Wohl kaum, denn Sparen sichert den Wohlstand, sichert die Zukunft, sichert die Existenz.

COMMERZBANK
... eine Bank, die ihre Kunden kennt

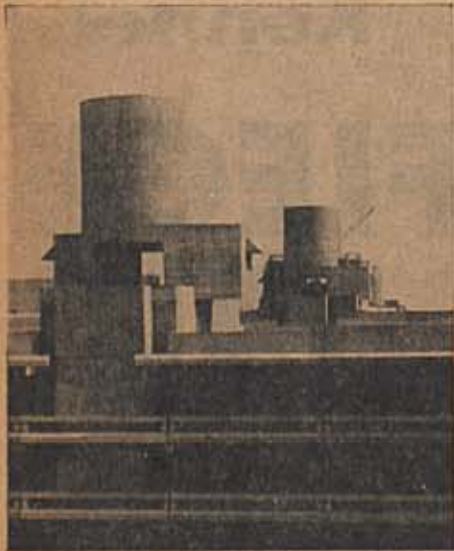
Auch im Friedrich-von-Hardenberg-Haus, Laerheidestr. 26, Ruf 51 18 41
Kassenstunden: Montag und Mittwoch 14—16.30 Uhr
Freitag 14—17.30 Uhr

Vorwärts

kommen

Olympia
 Schreibmaschinen
 Sonderangebote · Miete · Mietkauf
 WYWIAS-Bochum-Südring 19

BSZ-Leser antworten



Abluftstation auf den Gebäuden der Naturwissenschaften: scheußlich anzusehen? Foto: Huneke

REGENSBURG (dpa). — Die neue Universität Regensburg hat am 6. November mit ihrem Lehrbetrieb begonnen. 582 Anträge auf Immatrikulation liegen vor. Der Vorlesungsbetrieb begann in der Theologischen, in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen und in der Philosophischen Fakultät.

Vor unseren Augen ent wachsen den neuen Uni-Hochbauten Schlot-Stümpfe, scheußlich anzusehen und peinlich dazu geeignet, Assoziationen in Richtung auf die anrüchige „Intelligenzfabrik für die Wohlfahrtsgesellschaft“ zu wecken. Frage an den Recherchen-Redakteur: Kann von der hohen bauherrlichen Behörde offiziell und verbindlich in Erfahrung gebracht werden, welchen funktionalen, ideologischen oder gar ästhetischen Nährwert selbige Gebilde in sich tragen? Zusätzlich wäre interessant zu wissen, ob schwache Hoffnung zu hegen berechtigt sei, daß diese Meister-Architekturen im Bau-Endstadium gnädig verkleidet unserem beleidigten Auge wieder ent-rückt sein werden? Lothar Scheibe.

Wie wir aus der Zuschrift entnehmen, sind die von uns in langer Arbeit entworfenen Abluftstationen auf den Mittelkernen der N-Instituts-Gebäude „scheußlich anzusehen und peinlich dazu geeignet, die Vorstellung einer Intelligenzfabrik für die Wohlfahrtsgesellschaft zu wecken“. Dies bedauern wir außerordentlich. Die Abluftstationen haben den Zweck, die chemische Abluft von ca. 15 000 m² Laborfläche je Gebäude abzusaugen und dafür zu sorgen, daß eine geringstmögliche Belästigung der anliegenden Bauten entsteht. In Voruntersuchungen wurde geprüft, ob ein ca. 80 m hoher

Schornstein mitten im Sieden östlich der N-Gebäude geeignet wäre, diesen Zweck zu erfüllen. Die architektonische Beeinträchtigung des Gesamtvorhabens wie auch die äußerst unwirtschaftliche Entfernung von über 500 m ließen dieses Projekt technisch wie architektonisch nicht durchführbar erscheinen. Die konzentrierte Zusammenfassung vieler Hunderter kleiner Ventilatoren auf den Dächern würde neben einer starken Geruchsbelästigung der Anlieger außerordentlich hohe Wartungskosten erfordern und das empfindliche Auge der Studenten vermutlich in noch größerem Maße verletzen. Wir würden es begrüßen, wenn sich der Briefschreiber zur Information in unserem Büro einfinden würde. Sicherlich wird er erkennen, daß technische Erfordernisse beim Naturwissenschaftlichen Studium ihre Gesetze haben und demnach ihren Ausdruck in der Form finden müssen. Wir glauben zuversichtlich, daß die gefundene Lösung ästhetisch überzeugt und können uns nicht vorstellen, daß sie verkleidet werden sollte. Mit freundlichen Grüßen! Dipl.-Ing. Robert Walter



... auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für lebenswährende Gesundheit gibt, hat der „Obituar“ sogar recht. Jeden Menschen kann es ereignen. Eine Krankheit kann die DKV die hohen Kosten übernehmen. Und außerdem noch ein Krankenhaus-Taggeld zahlt! Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.
 Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenzollernring 62. Telefon 2 24 91
 Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.G. Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kurtumstr. 95. Telefon 6 05 44-45 oder Studentenwerk Bochum e.V. dienstags 12.00 bis 14.00 Uhr

Wer **ADLER** schreibt bei **ADLER** bleibt!
 Miete - Mietverkauf

LOEWE
Adolf Loewe
 Bochum
 Kortumstraße 95
 Ruf 62341

„Soldaten“ ausverkauft

Die Sondervorstellung von Hochhuths „Soldaten“ für die Ruhr-Universität am Montag, 4. Dezember, in den Kammerspielen (erste Vorstellung nach der Premiere) war überraschend in der letzten Woche schon ausverkauft. (Ob der Autor nach der Auf-führung noch mit Studenten zu diskutieren bereit ist, stand bei Redaktionsschluss noch nicht endgültig fest.) Wir weisen jedoch darauf hin, daß natürlich auch zu allen anderen Vorstellungen Karten mit 50prozentiger Ermäßigung gewährt werden. Ausweise jeden Mittag am Kartenver-kaufsstand in der Mensa.

Polizeieinsatz

BOCHUM. (BSZ) — Während der Podiumsdiskussion mit dem Bochumer Polizeichef Graf von Hardenberg im Juni — Streitpunkt: müssen Polizisten Gummiknüppel und Pistolen tragen? — kam der Fachschaft Jura die Idee, zusammen mit der Polizei eine Aktion zum besseren gegenseitigen Verständnis zu starten. Studenten sollten mit Polizisten auf Streife gehen, Wachdienst machen und Betrunkenen zur Ausnüchterung verheifen. Mit 30 interessierten Studenten rechnete man, 150 meldeten sich k. v. Sie wurden in die drei Bochumer Schutzbereiche eingeteilt und überzeugten sich von den praktischen Problemen der Polizei durch Augenschein, meistens nachts. „Der Gag“ (L. A. Versteijl): während Rudi Dutschke im Hörsaal C 1 die Revolution predigte, hörten Rechts-Studenten den Polizeifunk ab. Randallert wurde jedoch nicht, nur einige Mülltonnen sollen in der Nacht umgeworfen worden sein.

Franz. Lesesaal

BOCHUM. (BSZ) — Das Französisch-Deutsche Kulturinstitut Essen hat in der Nähe des Schauspielhauses in Bochum, in der Oskar-Hoffmann-Straße 33 (Tel.: 3 64 61) einen Leseraum eingerichtet. Die Bibliothek umfaßt 1000 Bände vorwiegend zeitgenössischer französischer Literatur des 20. Jahrhunderts, mit Übersetzungen. Außerdem liegen dort die führenden französischen Zeitschriften aus. Ausleihe von Büchern ist möglich. In dem Leseraum sind auch Informationen über Frankreich zu erfahren, besonders über Studienaufenthalte und Praktika.

RCDS wählte neuen Vorstand

Nach dem Rücktritt von Bernhard Nimscholz als ersten Vorsitzenden des RCDS-Bochum hat die Mitgliederversammlung des RCDS-Bochum vom 9. 11. 1967 einige Ämter des Vorstandes neu besetzt. Der neue Vorstand des RCDS-Bochum setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Michael Lutzenberger, stud. rer. oec. 2. Vorsitzender: Martin Führ, stud. phil. et theol., und Norbert Kleine-Möllhoff, stud. phil. Kassenwart: Dieter Gratzel, stud. rer. oec. Schriftführer: Rainer Stahlschmidt, cand. phil. Der neue Vorstand hat sich eine Verstärkung der politischen Bildungsarbeit und Diskussion innerhalb und außerhalb der Gruppe sowie eine kontinuierliche Informierung der Studentenschaft vor allem über hochschulpolitische Fragen zum Ziel gesetzt. Die Meinung des RCDS soll intensiver als bisher öffentlich vertreten werden.

UNSERE THEATERKRITIK: „Rosenkranz und Guldennstern“ als Schallas Jedermänner

Hans Schalla zeigte, was „bester Bochumer Stil“ (so der Kritiker der FAZ zu dieser Inszenierung) zu leisten vermag: ein brillantes, fast schon zu elegant gebautes Drama, eine geistreiche, komplex instrumentierte Variation über ein Neben-thema bei Shakespeare, präsentiert sich als zäher, dünner, matt und ratlos applaudierter Theaterabend. Wie bringt Schalla das fertig? Die Tendenz zum Wesentlichen (Programmheft: „Der Begriff ‚Mittläufer‘ stellt die geringe Bedeutung beider — Titel — Figuren als Persönlichkeiten fest und macht sie zugleich ungemein interessant: denn wer in unserer Gesellschaft wäre kein Mittläufer, kein Jedermann?“) läßt den Regisseur hinter dem gekürzten deutschen Verleihtitel von Tom Stoppards „ROSENCRANTZ AND GULDENSTERN ARE DEAD“ die tiefere Bedeutung sehen; mit einem selbstgebautes Schluß sagt er uns präzise und direkt, daß Mittläufer Stehaufmänner sind, die paarweise auftreten. Die Protagonisten, denen charakteristische Partien gestrichen sind, werden angehalten, zahlreiche szenische Pointen

zu überspielen, oder den Dialog, als ob sie immer glaubten, was sie sagen, breit auszuwalzen. Anstelle von nervösen, hektischen, sich frotzelnden Partnern eines höhnischen Geschicks, subtil lächerlich zwischen Höflingsattitüde und Ratlosigkeit, begegnen man zwei Tölpeln, denen eine geradsinnige Konzeption abverlangt, mit ungebrochenen Kalauern und weinerlichem Sich-Trösten eine tief-sinnig-humorige Stimmung zu erzielen. Den Auftritten der Schauspielertruppe, vor allem aber des Königspaares und der anderen Personen der originalen Hamlet-Handlung, verweigern Regie und Bühnenbild momentanes Eigen-gewicht, szenische Entfaltung und vorgeschriebene spezifische arrangements, die zur Auffächerung der mehrdimensionierten Dramaturgie mit ihren virtuosen Verstreutungen nötig wären. Gegenüber der gebotenen Alternative des linearen Abspluens von nunmehr nicht immer plausibler Handlung und oft schwerfällig und enttäuschend wirkender Dialoge ist das Stück in Schutz zu nehmen. - ach -

Nicht auf der Höhe?

DORTMUND. (BSZ) — Ähnlich wie früher in Bochum, werden die Pläne für die Universität Dortmund von einem Gründungsausschuß, dessen Mitglieder später nicht an der neuen Hochschule tätig sein werden, ohne die Mitwirkung von Studentenvertretern erstellt. Der neue Beauftragte des VDS für Dortmund, Dr. Hartmut Rotter, veranstaltete deshalb vom 24. bis 26. November ein Universitätsgespräch mit den Mitgliedern des Gründungsausschusses und Vertretern der Landes-regierung, um die bisherige Dortmunder Konzeption an den Vorstellungen der Studenten zu überprüfen. Am ersten Abend kam es zwischen Staatssekretär Prof. Lübbe und den anwesenden Studentenvertretern aller nordrhein-westfälischen Universitäten, den Assistenten und Professoren zu kontroversen Diskussionen über die Bildungsplanung des Landes und erneut zu einer Aussprache über den Sinn eines Hochschulgesetzes. Besonders die Mitglieder des Gründungsausschusses machten nicht den Eindruck, auf der Höhe der gegenwärtigen Bildungsdiskussion zu sein. Die BSZ wird in der nächsten Ausgabe ausführlicher berichten. dr.

Affäre Süßmilch

(Fortsetzung von Seite 3)

- Er hat die Presseartikel nicht widerrufen.
- Er will das Innenministerium persönlich unterrichtet haben — was wohl heißen soll: den Verfassungsschutz.
- Er will bei Presse und Rektorat „eidesstattliche Erklärungen“ hinterlegt haben, das alle seine Aussagen wahr seien.
- Er hat aller Voraussicht nach gefälschte Dokumente (aus Leipzig) beigebracht.

Interessant ist, daß das Rechtsanwaltsbüro Dufhues damals ohne Angaben von Gründen das Mandat an Ruffin wieder zurückgegeben hat!

Interessant ist, daß Ruffin offenbar alles versucht, jetzt außergerichtliche Vergleiche herbeizuführen!

Wir fragen: welche Haltung wird die Staatsanwaltschaft einnehmen, die die Ermittlungen gegen Ruffin ebenso hartnäckig führen muß wie gegen Süßmilch?

Wir fragen: wem diene Ruffin tatsächlich? Was waren die Motive für seinen Entschluß vom 28. Oktober? In welchem Spiel hat er eine Rolle gespielt?

Wir haben versucht, von Ruffin die Auskunft selber zu bekommen: In Watten-scheid, wo er jetzt wohnt, verweigerte er uns Rede und Antwort und ließ uns vor der Tür stehen ...

Dieser Auflage liegt ein Prospekt der Fa. Hamer bei. Wir bitten um Beachtung.

Berichtigung

In unserer dreizehnten Ausgabe hatten sich einige Fehler eingeschlichen: bei einem Teil der Auflage war als Erscheinungsdatum nur der 4. November ausgedruckt; eine Bildunterschrift sprach von „Fremden Werken“ — es mußte natürlich „Freunds Werke“ heißen (leider war in dem Fall auch die Bildqualität sehr schlecht); und auf der ersten Seite in dem Bericht über die Rektoratsübergabe war von einem Kreislauf die Rede, der mit „Rehabilitationen“ beginne; auch spielte keine bestimmte politische Absicht mit, sondern der Druckfehler: es mußte natürlich „Habilitationen“ heißen. Wir bitten um Nachsicht! Die Redaktion

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität.
 Vorsitzender: Ulrich Kurowski
 Redaktion: Ulrich Dröge (Stellvertr. Vors. für Öffentlichkeitsarbeit) und Rolf Hüper
 Anzeigenleitung: Christine Schippick
 Mit Namen geschickte Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
 Anschrift: 463 Bochum, Lennerhofstr. 66 (Ruhr-Universität), Telefon 51 18 55.
 Bankverbindung: Westfalenbank AG, Konto-Nr. 908 859
 Druck: Druckhaus Schürmann & Klögges, Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16, Ruf 6 47 46-48, Telex 0 825 514.

WESTFALENBANK IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle Ruhr-Universität Lennerhofstr. 70 Tel.: 511315
 Zweigstelle Bochum-Querenburg Overbergstr. 7 Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25

Ergo skiamus

- Saas Fee Liegewagen, Vollpension 15 Tage 356,-
- Davos Liegewagen, Halbpension 15 Tage 357,-
- Klosters Liegewagen, Halbpension 15 Tage 372,-
- St. Moritz Liegewagen, Halbpension 15 Tage 441,-



Hippi! als Camp Counselor in die USA, 3 Monate 1180,-

Auslandsstelle

Studenten-Reisedienst beim Studentenwerk Bochum e.V., 463 Bochum, Lennerhofstraße 66, Baracke 8 (Ruhr-Universität) - Telefon: 51 14 57

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM Hans Schalla

SCHAUSPIELHAUS RIGOLETTO (G) 1913 MARCHEN
 TOSCA (G)
 EIN IDEALER GATTE
 ROSENKRANZ UND GULDENSTERN
 DIE RATTEN
 CASAR UND CLEOPATRA
 5. HAUPTKONZERT
 KAMMERSPIELE
 KAMELIENDAME
 SOLDATEN
 GANZE TAGE IN DEN BAUMEN
 1. KAMMERKONZERT
 ODIPUS, TYRANN
 Beginn der Vorstellungen: 20 Uhr, sofern nicht anders angegeben.
 Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechscheine auf Eintrittskarten im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).
 (G) = Aufführungen des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.

SPIELPLAN für die Zeit vom 28. November bis 15. Dezember 1967

28. 11. (Di.), 5. 12. (Di.)
 29. 11. (Mi.), 12. 12. (Di.)
 30. 11. (Do.), 15. 12. (So.)
 1. 12. (Mi.), 15. 12. (Do.)
 2. 12. (Fr.), 18. 12. (So.)
 3. 12. (Sa.), 19. 12. (So.)
 4. 12. (So.), 20. 12. (So.)
 5. 12. (Di.), 9. 12. (Sa.)
 6. 12. (Mi.), 11. 12. (Mo.)
 7. 12. (Do.), 9. 12. (Sa.)
 8. 12. (Fr.), 14. 12. (Do.)
 9. 12. (Sa.), 10. 12. (So.)
 10. 12. (Di.), 13. 12. (Mi.), 15. 12. (Fr.)
 11. 12. (Do.)
 12. 12. (Mo.)
 28. 11. (Di.), Gastspiel mit Maria Schell
 3. 12. (So.), 4. 12. (Mo.) geschl. Vorstellung,
 8. 12. (Fr.), 14. 12. (Do.)
 5. 12. (Di.), 9. 12. (Sa.), 10. 12. (So.), 12. 12. (Di.), 13. 12. (Mi.), 15. 12. (Fr.)
 7. 12. (Do.)
 11. 12. (Mo.)